

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3218

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3218



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



CHANGE

IMPULSE FÜR

EINEN GRÜNEN

AUFSCHWUNG

IMPULSPROGRAMM FÜR EINEN GRÜNEN AUFSCHWUNG

DIE BEWÄLTIGUNG DER COVID-19-KRISE MIT INVESTITIONEN IN EINE GRÜNE UND SOZIALE ZUKUNFT VERKNÜPFEN.

1 DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Der Bedarf nach einem rasch wirksamen strategischen Investitionsprogramm ist gross: Die Corona-Pandemie hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt und sie hat den Strukturwandel in vielen Branchen weiter beschleunigt.
- Zukunftsgerichtete Investitionen in den Klimaschutz oder in klimaneutrale Wirtschaftssektoren sucht man in den Corona-Hilfspaketen des Bundes aber vergebens. Ganz im Gegensatz zu vielen anderen Ländern oder der Europäischen Union.
- Die GRÜNEN schlagen ein Impulsprogramm mit 14 Massnahmen vor, welches gezielte Investitionen in den Klimaschutz, den Care-Bereich und die Digitalisierung vorsieht und diese mit einer Bildungs- und einer Umschulungsoffensive begleitet. Das Investitionsvolumen über die nächsten vier Jahre beträgt rund 11 Milliarden Franken.
- Das Impulsprogramm schafft klimafreundliche Arbeitsplätze, trägt zu einem grünen und raschen Aufschwung nach der Pandemie bei und legt den Grundstein für eine innovative und klimaneutrale Wirtschaft des 21. Jahrhunderts.

2 EIN GRÜNER AUFSCHWUNG

Schützen – stützen – in die Zukunft investieren: Das ist die Corona-Politik der GRÜNEN. Seit Ausbruch der Pandemie haben wir uns darauf konzentriert, die negativen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu minimieren. Die auf Druck der GRÜNEN mehrfach ausgebauten Härtefallhilfen, die Ausdehnung der Kurzarbeit und die Erwerbsersatzentschädigungen für Selbständige waren wichtige Massnahmen, um den ökonomischen und sozialen Schaden der Pandemie zu verringern. **Dennoch hat die Corona-Pandemie in den letzten 12 Monaten zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt¹ und den Strukturwandel in vielen Branchen weiter beschleunigt. Allein in der Gastronomie sind 2020 33'000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Darauf kann und muss die Schweiz reagieren.**

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat es die Schweiz bisher aber vollkommen verschlafen, die Ausgaben zur Bewältigung der Krise mit Investitionen in eine grüne und soziale Zukunft zu verknüpfen. **Zukunftsgerichtete Investitionen in den Klimaschutz oder in klimaneutrale Wirtschaftssektoren sucht man in den Corona-Hilfspaketen des Bundes vergebens.** Südkorea, Deutschland oder die USA hingegen schaffen mit gezielten Investitionen hunderttausende klimafreundliche Arbeitsplätze.

Dank wirkungsvoller Stützmassnahmen wie der Kurzarbeit konnte die Kaufkraft gesamtgesellschaftlich grösstenteils erhalten bleiben. Ein klassisches Konjunkturprogramm zur breiten Ankurbelung des

¹ Trotz Kurzarbeit hat die Zahl der Arbeitslosen innerhalb von zwölf Monaten um über 50'000 Personen zugenommen. Gleichzeitig ist auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, von Langzeitarbeitslosen und von Stellensuchenden erheblich angestiegen.

Konsums ist aus Sicht der GRÜNEN deshalb weder volkswirtschaftlich notwendig noch klimapolitisch wünschenswert. **Der Bedarf für ein rasch wirksames strategisches Investitionsprogramm dagegen ist gross: Neben der pandemiebedingten Schwäche der Wirtschaft führen auch die sich weiter verschärfende Klimakrise sowie die Digitalisierung zu tiefgreifenden Veränderungen unserer Gesellschaft und des Arbeitsmarkts.** Die vergangenen Monate haben zudem die Systemrelevanz des Care-Bereichs – gerade in der Pflege und in der Kinderbetreuung – schonungslos offengelegt. Die Schweiz muss die aktuelle Krise als Chance verstehen, um strategisch gezielte Impulse in die Klimapolitik, den Care-Bereich und die Digitalisierung zu tätigen und neue Berufsperspektiven zu schaffen: **Damit wird nicht nur der Aufschwung nach der Krise beschleunigt, sondern auch der Grundstein gelegt, für eine innovative und klimafreundliche Wirtschaft des 21. Jahrhunderts.**

Das Impulsprogramm für einen grünen Aufschwung umfasst gezielte Investitionen in den Klimaschutz, den Care-Bereich und die Digitalisierung und wird von einer Bildungs- und Umschulungsoffensive begleitet. Mittels 14 Massnahmen werden in nachhaltigen und zukunftsfähigen Bereichen Wertschöpfung und Arbeitsplätze generiert – und somit den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie, wie z.B. Arbeitslosigkeit und Perspektivenverlust, entgegengewirkt. Das Investitionsvolumen über die nächsten vier Jahre beträgt rund 11 Milliarden Franken.

Nutzen wir die Chance für einen grünen Aufschwung!

3 INVESTITIONEN IN EINE GRÜNE GESELLSCHAFT

Damit die Schweiz ihren Beitrag leistet, um die Klimaerhitzung zu stoppen, muss sie spätestens ab 2040 klimapositiv sein: Ab diesem Zeitpunkt muss die Schweiz dazu beitragen, dass mehr Emissionen aus der Atmosphäre entnommen als ausgestossen werden. Dafür müssen die Anstrengungen rasch intensiviert werden. Im [Klimaplan](#) haben die GRÜNEN bereits einen detaillierten Fahrplan aufgezeigt, wie die Schweiz bis spätestens 2040 klimapositiv wird. **Verschiedene dieser Massnahmen bremsen nicht nur die Klimaerhitzung, sondern sie werden auch zehntausende neuer Arbeitsplätze schaffen und somit zu einem grünen Aufschwung nach der Pandemie beitragen.**

Bis allerspätstens 2035 soll die Stromversorgung 100 Prozent erneuerbar sein. Ergänzend zur Wasserkraft soll künftig ein Drittel des Strombedarfs durch Photovoltaikanlagen produziert werden. Um dieses Ziel trotz des prognostizierten Mehrverbrauchs (z.B. für die Elektrifizierung des Verkehrs) zu erreichen, muss der Ausbau der Erneuerbaren rasch gesteigert werden. Viele Projekte sind heute umsetzungsbereit, die Realisierung scheitert jedoch an den zu geringen Fördergeldern. Um die bestehende Warteliste von umsetzungsbereiten Projekten schneller abzubauen und um Anreize für dringend notwendige neue Projekte zu schaffen, soll die Förderung im Rahmen eines Impulsprogramms mindestens verdoppelt werden. Diese Massnahme kann rasch umgesetzt werden. Sie schafft in den nächsten Jahren rund 10'000 neue Arbeitsplätze und treibt die Energiewende und den Klimaschutz voran.

Damit das Nettonull-Ziel auch im Gebäudebereich erreicht wird, braucht es nicht nur einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien, sondern auch rasche Effizienzsteigerungen. Für letzteres ist das bestehende Gebäudeprogramm auszubauen. Nur mit zusätzlichen Anreizen kann die Sanierungsrate verdoppelt werden, sodass der Gebäudepark in der Schweiz rechtzeitig an die neusten Effizienzstandards angepasst ist. Die Förderprogramme im Bereich erneuerbarer Strom und Gebäudesanierungen erfordern zudem einen schnellen Kapazitätsausbau im Bau- und Installationsgewerbe und führen zu einem erhöhten Fachkräftebedarf (siehe Kapitel 6: Bildungs- und Umschulungsoffensive).

Viele Instrumente zur Bewältigung der Klimakrise sind bereits bekannt und können rasch umgesetzt werden. In anderen Bereichen besteht noch ein grosser Bedarf an zusätzlicher Forschungs- und Entwicklungsarbeit. **Investitionen in die Forschung und in neue, klimafreundliche Technologien lohnen sich doppelt: Sie leisten einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und schaffen gleichzeitig die Wissensbasis für eine innovative, klimaneutrale Wirtschaft des 21. Jahrhunderts.** Mit dem Instrument der Nationalen Forschungsschwerpunkte verfügt der Bund bereits

heute über die Möglichkeiten, einen solchen dauerhaften Strukturaufbau an den Schweizer Hochschulen zu fördern und strategische Schwerpunkte zu setzen. Schliesslich muss verhindert werden, dass das schwierige wirtschaftliche Umfeld dazu führt, dass die Investitionstätigkeit von innovativen Unternehmen in klimafreundliche Technologien oder emissionsmindernde Arbeits- und Produktionsprozesse reduziert werden. Dies würde nicht nur die wirtschaftliche Erholung, sondern auch die Entwicklung neuer, klimafreundlicher Technologien ausbremsen.

1. Die Förderung von erneuerbarem Strom wird verdoppelt

Damit die Stromversorgung bis spätestens 2035 100% erneuerbar ist, müssen die Anreize für die Produktion erhöht werden, um die bestehende Warteliste von umsetzungsbereiten Projekten schneller abzubauen und um Anreize für neue Projekte zu schaffen. *Die über den Netzzuschlag finanzierten Fördergelder für die Produktion von erneuerbarem Strom sollen darum von 1,3 auf 2,6 Milliarden Franken verdoppelt werden. Neben einem Beitrag zur Energiewende werden damit auch 10'000 neue Arbeitsplätze geschaffen.*

2. Die Sanierungsrate im Gebäudebereich wird verdoppelt

Damit die heutige Sanierungsrate im Gebäudebereich von 1,5 mindestens verdoppelt wird, müssen die Anreize weiter gesteigert werden. *Die Investitionsbeiträge sollen darum auf bis zu 50% der anrechenbaren Investitionskosten erhöht werden. Bei einer Verdoppelung der Anzahl Objekte und der Erhöhung der Beiträge sind dafür Investitionen in der Höhe von ca. einer Milliarde Franken pro Jahr notwendig.*

3. Forschungsschwerpunkte an den Schweizer Hochschulen stärken

Um die Wissensbasis für eine innovative und klimaneutrale Wirtschaft des 21. Jahrhunderts sicherzustellen, ist ein weiterer Strukturausbau an den Schweizerischen Hochschulen sowie eine schnellere Entwicklung klimafreundlicher Technologien notwendig. Der Bund soll *darum, eine Serie Nationaler Forschungsschwerpunkte im Bereich Klima, Energie und grüner Wirtschaft im Umfang von total 100 Mio. CHF für die nächsten 4 Jahre lancieren.*

4. Bürgerschaftsprogramm für innovative Unternehmen im Bereich Klimaschutz

Die schwierige wirtschaftliche Situation führt in vielen Unternehmen zu einer Reduktion der Investitionstätigkeiten, was auch die wirtschaftliche Erholung und die Entwicklung klimafreundlicher Technologien ausbremst. *Mittels eines Bürgerschaftsprogramms, welches Unternehmen kostenlose Kredite für Investitionen in klimafreundliche Technologien oder emissionsmindernde Arbeits- und Produktionsprozesse zur Verfügung stellt, soll die Investitionstätigkeit von innovativen Unternehmen erhalten und ausgebaut werden. Für die Finanzierung sollen die nicht verwendeten Mittel des Covid-19-Solidarbürgerschaftsprogrammes verwendet werden.*

4 INVESTITIONEN IN EINE CARE-GESELLSCHAFT

Die vergangenen zwölf Monate haben die Systemrelevanz des Care-Bereichs schonungslos aufgezeigt: Zu Beginn der Krise wurden zwar rasch zusätzliche Beatmungsgeräte beschafft, für einen grösseren Ausbau der Spitalkapazitäten fehlten jedoch gut ausgebildete Fachkräfte. Das Gesundheitspersonal war über Monate am Anschlag. Auch die Notwendigkeit eines flächendeckenden Angebots an familienexterner Kinderbetreuung wurde vielen Eltern in Zeiten von Homeoffice nochmals vor Augen geführt. **Der Care-Bereich muss in unserer Gesellschaft je länger je mehr zu einem essenziellen Teil des Service Public werden.**

Die familienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschulen entlasten nicht nur die Eltern, sondern sie sind auch ein wichtiger Schritt hin zur Gleichstellung der Geschlechter: auch aufgrund von fehlenden Betreuungsangeboten arbeiten viele Frauen* noch immer weniger als Männer. Dadurch weisen Investitionen in die familienexterne Kinderbetreuung zudem einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen auf. Da die familienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschulen nebst der Betreuung auch wichtige Bildungsfunktionen erfüllen, ist ein flächendeckendes Angebot entscheidend für die Chancengleichheit.

Im Bereich der Pflege ist der Fachkräftemangel besorgniserregend. Davon ist sowohl die Akut- und die Langzeitpflege wie auch die Pflege und Betreuung zu Hause oder in Pflege- und Altersheimen betroffen. Allein bis ins Jahr 2030 werden 65'000 zusätzliche Pflegenden benötigt. Dank dem indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative und der vorgesehenen Aus- und Weiterbildungs-offensive sind hier spürbare Verbesserungen zu erwarten. Die Attraktivität der Pflegeberufe muss aber auch durch bessere Arbeitsbedingungen und Betreuungsverhältnisse sowie eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben weiter gesteigert werden: **Es bringt nichts, mehr Pflegenden auszubilden, solange weiterhin fast die Hälfte des Pflegefachpersonals während des Erwerbslebens wieder aus dem Beruf aussteigt.**

5. Förderung von Tagesschulen

Trotz hoher Nachfrage und dem grossen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen fehlt in der Schweiz weiterhin ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulen. *Mit einer finanziellen Unterstützung analog der Anschubfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung im Umfang von 180 Mio. CHF soll der Aufbau von Tagesschulen gefördert werden. Dies ermöglicht insbesondere Frauen* ihren Erwerbsanteil zu erhöhen.*

6. Aktionsplan Pflege zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Mit einer Ausbildungs-offensive wurde ein wichtiges Anliegen der Pflegeinitiative bereits erreicht. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist jedoch weiterhin notwendig, um die Qualität der Pflege und die Attraktivität des Berufs sicherzustellen und um somit die Verweildauer im Beruf zu erhöhen. *Mittels eines Aktionsplans im Umfang von rund 500 Mio. CHF sollen darum die Kantone und die Institutionen im Pflegebereich bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterstützt werden.*

5 INVESTITIONEN IN EINE DIGITALE GESELLSCHAFT

Neben dem Ausbau des Klimaschutzes führt auch die Digitalisierung zu einer tiefgreifenden Veränderung unserer Gesellschaft und des Arbeitsmarkts. Sie ist zugleich Chance wie auch Risiko: Die Automatisierung von Arbeitsprozessen wird sowohl zum Abbau von Arbeitsstellen als auch zu einer gesteigerten Nachfrage in neuen Berufsfeldern führen. Digitalisierte Arbeitsprozesse können Pendeldistanzen vermindern und den Alltag entschleunigen, gleichzeitig aber auch zur Auslagerung und Prekarisierung von Arbeitsstellen führen. Die Digitalisierung bietet ein grosses ökologisches, soziales und demokratisches Potential. **Um dieses Potential zu nutzen, müssen wir als Gesellschaft die Digitalisierung aber mitgestalten und den damit verbundenen Strukturwandel aktiv begleiten.** Als Standort von exzellenten Hochschulen und dank einer gut ausgebildeten Bevölkerung hat die Schweiz beste Voraussetzungen, diese Herausforderung zu meistern.

In den vergangenen Monaten hat die Corona-Pandemie auch Schwächen in der Digitalisierung offengelegt. Um die digitale Fitness des Bundes, der Kantone und der Gemeinden zu erhöhen, soll in der Bundesverwaltung eine zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance aufgebaut werden. Dadurch können der digitale Austausch zwischen den Bundesbehörden, den Behörden anderer Staatsebenen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie die Voraussetzungen für E-Government-Lösungen verbessert werden. Auch eine vertrauenswürdige, staatliche E-ID, welche auf die Grundsätze «privacy by design», Datensparsamkeit und dezentrale Datenspeicherung setzt, soll dazu beitragen. Dank eines Fonds soll der Bund subsidiär E-Government und Civic-Technologie-Projekte in den Kantonen und Gemeinden unterstützen, sofern diese auf offenen Standards basieren und «open source» sind.

Die Digitalisierung hat darüber hinaus das Potential, Ideen und Technologien hervorzubringen, die einen sozialen, demokratischen oder ökologischen Nutzen aufweisen. Viele dieser Projekte und Start-Ups scheitern jedoch an der Finanzierung, da sie nicht primär auf eine ökonomische Rendite ausgerichtet sind. Als Gesellschaft verpassen wir damit die Chance, sinnvolle technologische Projekte zu realisieren, die unser Zusammenleben bereichern und erleichtern. Dank eines staatlichen

Innovationsfonds soll solchen gemeinwohlorientierten Lösungen verstärkt zum Durchbruch geholfen werden.

7. Digitale Fitness des Bundes: Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance

Der digitale Austausch zwischen den Bundesbehörden, den Behörden anderer Staatsebenen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft muss verbessert werden. *Standardisierte zentrale Zugänge und anschlussfähige Schnittstellen zu den digitalen Daten und Prozessen der Bundesverwaltung sind eine wichtige Voraussetzung für zusätzliche und bessere E-Government-Lösungen. Darüber hinaus müssen mehr Ressourcen für die Entwicklung von digitalen Prozessen in der Bundesverwaltung, den dafür notwendigen Kompetenzen und dem kulturellen Wandel bereitgestellt werden.*

8. Digitale Fitness von Kantonen und Gemeinden: Fonds für die Förderung von Civic-Technologie- und E-Government-Projekten

Auch in den Kantonen und in den Gemeinden müssen digitale Projekte schneller vorangetrieben werden. *Mittels eines Fonds in der Höhe von 50 Mio. CHF kann der Bund solche Projekte in den Kantonen und den Gemeinden unterstützen, sofern diese auf offenen Standards basieren und «open source» sind.*

9. Vertrauenswürdige, staatliche E-ID

Die Abstimmung vom 7. März hat den Wunsch der Bevölkerung nach einer staatlichen E-ID klar zum Ausdruck gebracht. *Das Projekt einer datensparsamen und dezentral organisierten staatlichen E-ID soll darum rasch vorangetrieben werden. Die E-ID soll von Beginn weg die Möglichkeit der digitalen Unterschrift enthalten, wodurch viele attraktive Anwendungsfelder erschlossen werden.*

10. Staatlicher Innovationsfonds für technologische Projekte und Start-Ups, welche sich am Gemeinwohl orientieren.

Technologische Projekte und Start-ups, welche sich am Gemeinwohl orientieren und einen sozialen, ökologischen oder demokratischen Nutzen aufweisen, können sich aufgrund fehlender Renditeversprechen oftmals kein Risikokapital beschaffen. *Um das volle Potential technologischer Innovationen für unsere Gesellschaft zu nutzen, sollen solche gemeinwohlorientierten Projekte und Start-Ups über einen Innovationsfonds in der Höhe von 100 Mio. CHF gefördert werden.*

6 BILDUNG- UND UMSCHULUNGSOFFENSIVE: NEUE BERUFSPERSPEKTIVEN SCHAFFEN

In den letzten zwölf Monaten hat sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in der Schweiz um 50'000 Personen erhöht und auch die Zahl der Jugendlichen, die von Arbeits- und Erwerbslosigkeit betroffen sind, ist gestiegen.² Allein in der Gastronomie sind 2020 33'000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Diese Entwicklungen spiegeln direkt die Folgen der Corona-Pandemie wider. Neben der pandemiebedingten Arbeitsmarktschwäche haben die vergangenen Monate aber auch den Strukturwandel in verschiedenen Bereichen wie z.B. in der Luftfahrt, im Tourismus, im Gastgewerbe oder im Detailhandel beschleunigt. **Gleichzeitig fehlen in vielen Berufsfeldern heute schon genügend qualifizierte Fachkräfte.** In der Pflege fehlen bis 2030 65'000 zusätzliche Pflegepersonen. Und der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die erhöhte Sanierungsrate im Gebäudebereich (siehe Kapitel 3: Investitionen in eine grüne Gesellschaft) führen zu einer verstärkten Nachfrage nach Fachkräften im Energie-, Bau- und Installationsgewerbe, welche derzeit nur teilweise befriedigt werden kann. **Neben dem dringend notwendigen Schutz des Klimas wird zudem auch die Digitalisierung eine Umgestaltung der Arbeitswelt mit sich bringen.**

² Quelle: <https://www.amstat.ch/v2/index.jsp?lang=de>

Unser heutiges Weiterbildungssystem ist primär auf die Höherqualifizierung im angestammten Berufsfeld ausgerichtet. Daneben existieren Angebote im Bereich der Nachholbildung von gering qualifizierten Erwachsenen, arbeitsmarktrechtliche Massnahmen bei Erwerbslosigkeit sowie Unterstützungsangebote für Jugendliche, welche ihre Ausbildung abbrechen mussten. **Bisher fehlen jedoch weitgehend spezifische Programme, welche Erwachsenen eine Umschulung – und damit neue Berufsperspektiven in einer Branche mit erhöhtem Fachkräftebedarf – ermöglichen:** Neben den finanziellen Rahmenbedingungen braucht es dafür auch genügend flexible und erwachsenengerechte Bildungsangebote. Aus- und Weiterbildung müssen den Betroffenen ermöglichen, an ihre vielfältigen Berufserfahrungen anzuknüpfen und diese mit Fähigkeiten und Ressourcen zu ergänzen, um die durch die Digitalisierung entstandenen Berufe auszuüben und an der Energie- und Klimawende mitzuwirken.

Die vier Massnahmen, welche die GRÜNEN vorschlagen, sollen die bestehenden Angebote von Betrieben, Branchenverbänden und dem Schweizer Aus- und Weiterbildungssystem ergänzen. Die Massnahmen im Umfang von 800 Mio. CHF sind teilweise aus den 2009 erarbeiteten Stabilisierungsmassnahmen abgeleitet und können bedarfsgerecht aufgestockt respektive angepasst werden. Die Massnahmen tragen über die nächsten vier Jahre zur Schaffung neuer beruflicher Perspektiven bei.

11. Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit

*In Wirtschaftskrisen ist es gerade für Jugendliche mit wenig Berufserfahrung schwierig, sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Mit Finanzhilfen für bis zu zwölfmonatige Weiterbildungen für stellenlose Abgänger*innen der beruflichen Grundbildung, mit Finanzhilfen für Arbeitgeber*innen zur Förderung des Berufseinstiegs und einer Aufstockung des Angebots an Lehrstellen und Hochschulpraktika in der Bundesverwaltung soll ein Ausschluss von Ausbildungsabsolvent*innen von Arbeitsmarkt frühzeitig verhindert werden. In den Jahren 2021 und 2022 sind dafür rund 60 Mio. CHF zu investieren.*

12. Förderprogramm «2. Chance»: Neue Berufsperspektiven für arbeitslose Erwachsene

Bereits heute haben die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren die Möglichkeit, mittels Ausbildungszuschüssen das Nachholen einer Grundausbildung oder das Erlernen eines neuen Berufs zu ermöglichen. Dieses Instrument wird jedoch nach wie vor sehr selektiv angewandt. Als Antwort auf den durch die Corona-Pandemie beschleunigten Strukturwandel schlagen die GRÜNEN darum eine befristete Praxisänderung sowie eine befristete Aufstockung des Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung um 200 Mio. CHF vor. Damit können in den nächsten vier Jahren zusätzliche Ausbildungszuschüsse für 10'000 Personen finanziert werden.

13. Bildungsgutscheine für Umschulungen sowie Aus- und Weiterbildungen im Erwachsenenalter

Umschulungen im Erwachsenenalter sind für die Betroffenen teuer, da sie in dieser Zeit auf einen Teil ihres Verdienstes verzichten müssen. Das hält viele davon ab, sich beruflich neu zu orientieren – selbst wenn in ihrem Beruf bereits heute ein zu grosses Angebot auf dem Arbeitsmarkt besteht. Studien in der Bildungsforschung haben gezeigt, dass Bildungsgutscheine ein wirksames Anreizinstrument sind, um die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen – insbesondere auch von älteren und bildungsärmeren Personen. *Analog zu den bereits bestehenden Bundesbeiträgen für die höhere Berufsbildung fordern die GRÜNEN deshalb die Einführung eines Bildungsgutscheinprogramms in der Höhe von 300 Mio. CHF. Diese Bildungsgutscheine können für Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen verwendet werden.*

14. Spezifische Aus- und Weiterbildungs- sowie Umschulungsprogramme im Energie-, Bau- und Installationsgewerbe

Der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die erhöhte Sanierungsrate im Gebäudebereich führen zu einer verstärkten Nachfrage nach Fachkräften im Energie-, Bau- und Installationsgewerbe, welche derzeit nur teilweise befriedigt werden kann. *Der Bund muss zusammen mit den Fachverbänden rasch Aus- und Weiterbildungs- sowie Umschulungsangebote für die benötigten Fachleute sowie für dafür geeignete Personen aus verwandten Branchen erarbeiten und deren Nutzung sicherstellen. Dafür sind rund 60 Mio. CHF pro Jahr zu investieren.*